

Chancengerechtigkeit – ein Glücks- und Wirtschaftsfaktor

Text Pepo Frick, praesidium@freieliste.li

Einzelinteressen werden in der Politik häufig unter dem Deckmäntelchen des «freien Marktes» vertreten. An der Chancengerechtigkeit wird permanent gesägt, gerade unter Spardruck. Es braucht Wachsamkeit und Überzeugungsarbeit.

Kein Mensch würde sich heute getrauen, die 48-Stunden-Woche, eine Ferienregelung, die Einführung von Krankenkassen oder Arbeitgeberabgaben für die **AHV** oder **IV** als «Eingriff in die unternehmerische Freiheit» oder «linke Kommunisten-idee» abzustempeln, wie dies früher geschah. Es sind Errungenschaften, für die sich Menschen in Liechtenstein schon seit über drei Generationen eingesetzt haben, schon lange bevor es die Freie Liste als klar sozial ausgerichtete Partei gab.

Gerüttelt wird heute an diesen Errungenschaften eher verdeckt und das ist besonders gefährlich: Arbeitnehmende sehen sich ohne grössere Medienaufmerksamkeit mit höherer Wochenarbeitszeit und Lohnabbau konfrontiert. Eurolöhne mit Phantasiewechselkursen wurden vom Landtag akzeptiert, die Arbeitnehmenden tragen das Wechselkursrisiko. Der Staat möchte sich unter dem Deckmantel «**AHV**- und Krankenkassen-Revision» schleichend aus der Verantwortung ziehen und so den Staatshaushalt sanieren. Solche Eingriffe werden durch die heutige Politik als «Konsolidierung» (Verdichtung) oder «Sanierung» (Gesundung) verkauft.

Mit weiteren ursprünglich linken Forderungen wie der Bildung für alle oder einer Weissgeldstrategie sieht es derzeit besser aus. Diese Werte werden in Liechtenstein von der Mehrheit vertreten: Wer transparent Geld verwaltet, kann sich behaupten, das zeigt das kürzlich präsentierte gute Ergebnis der Landesbank. Nur mit einem guten Bildungssystem kann der Wohlstand erhalten bleiben, das wissen wir schon lange. Aber es gibt hier weiterhin

Handlungsbedarf. Eine gewisse Undurchlässigkeit gibt es auch in unserem guten Bildungssystem, wie jüngst eine Studie im Auftrag der Bildungsministerin gezeigt hat: Jugendliche mit Migrationshintergrund werden häufiger der Oberschule zugewiesen, obwohl sie Leistungen zeigen, die sie zum Teil für die Realschule oder sogar das Gymnasium qualifizieren.

Frauen nach wie vor im Nachteil

Schlechtere Chancen haben nach wie vor auch die gut ausgebildeten Frauen. Sie fehlen auf dem Arbeitsmarkt als Fachkräfte und sind in Liechtenstein nur sehr vereinzelt in Leitungsfunktionen zu finden. Wir sind bald das einzige Land in Europa, in dem Frauen nicht mit speziellen Massnahmen gefördert werden und in dem es noch keine Frauenquote in der Landesverwaltung oder in Verwaltungsräten gibt.

Dazu kommt, dass Jobs häufig noch immer an gute Parteigänger und nicht an die Bestqualifizierten vergeben werden. Auch das schmälert die Chancengerechtigkeit, für die sich die Freie Liste seit Jahrzehnten einsetzt. Es ist absolut unsinnig, jemanden, der sich für Chancengerechtigkeit einsetzt, als «Wirtschaftsfeind» zu bezeichnen. Wie die erwähnten Beispiele zeigen, ist gerade die soziale Undurchlässigkeit schlecht für die Wirtschaft. Das Credo der Wirtschaftsliberalen ist «Arbeit und Leistung müssen sich lohnen». Lohnen sie sich nicht, wird der Arbeitgeber als unfair wahrgenommen, steht Filz dem Aufstieg im Weg, sinkt die Arbeitsmotivation. Das gilt besonders auch für Menschen aus dem Mittelstand, deren Leistung sich

nachgewiesenermassen weniger lohnt als die der Privilegierten. Reiche geniessen Steuerprivilegien, die nicht mehr mit einer höheren Produktivität gerechtfertigt werden können. Sie haben unzweifelhaft etwas geleistet, aber wohl nicht so viel, dass für sie immer noch mehr Steuergeschenke gemacht und Steuerschlupflöcher beibehalten werden müssen.

AHV in Gefahr

Ab einem gewissen Punkt vermehrt sich Geld fast von alleine. Die höhere Produktivität oder Leistung Einzelner taugt nicht als Begründung für die grossen Unterschiede. Etwas «geleistet» haben auch die heutigen SeniorInnen, die ArbeitnehmerInnen und Familienfrauen. Sie haben sich auch Tag für Tag angestrengt. Mir leuchtet nicht ein, weshalb bei ihnen dauernd schmerzhaft Einschnitte gemacht werden. Bei Reichen ist dies anders: Die anderen Parteien sprechen regelmässig davon, dass speziell ihnen ein Kränzchen gewunden werden muss und daher für Reiche und Unternehmen weiterhin Steuerprivilegien gelten sollen. Wenn PolitikerInnen in Liechtenstein vehement für «die freie Marktwirtschaft» als höchstes Gut eintreten, dann stelle ich mir öfters die Frage: Wessen Einzelinteresse wollen sie wohl gerade schützen? Warum werden Die Sorgen der Allgemeinheit nicht gleichberechtigt wahrgenommen und ebenso vehement auf der politischen Bühne vertreten? Es braucht die Freie Liste mehr denn je, um die Waage zu halten zwischen den berechtigten Ansprüchen der grossen Mehrheit und den Forderungen einzelner Privilegierter. ■